

Immer mehr private „Akteure“ auf dem Bildungsmarkt

Zum Vortrag von Prof. Tim Engartner:

Bildungsrepublik im Ausverkauf? – Vom Wert öffentlicher Bildung

Bericht von Ernst Olbrich

Prof. Dr. Tim Engartner (Didaktik der Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt politische Bildung am Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften der Uni Frankfurt) beschäftigte sich unter dem Thema „Bildungsrepublik im Ausverkauf“ mit dem Stand direkter Zugriffe der Privatwirtschaft auf (bisher) öffentliche Einrichtungen im „Land der Stifter und Schenker“. Tim Engartner hatte schon auf dem eintägigen Seminar der GEW Hessen zur Frage des Zustands und der Zukunft der politischen Bildung an den hessischen Schulen auf das Problem der Einflussnahme durch verstärkten Lobbyismus hingewiesen und in diesem Rahmen unter anderem sein Buch „Staat im Ausverkauf“ vorgestellt (Besprechung in der FLZ 2016-04).



Tim Engartner: *Staat im Ausverkauf. Privatisierung in Deutschland. Frankfurt am Main 2016 (Campus) 22.95 €*

Der Trend zur „Verbetriebswirtschaftlichung der menschlichen Existenz“ hält nach Engartner ungebrochen weiter an und hat sich in den vergangenen Jahren noch beschleunigt. Für das Bildungssystem bedeutet dies, dass die betriebswirtschaftlichen Imperative immer stärker dazu tendieren, herkömmliche Vorstellungen über Bildung zugunsten des Prinzips „Profit vor Pädagogik“ zur Seite zu schieben. **„Bildung wird im Zeitalter von PISA und Bologna immer mehr an unmittelbar ökonomisch nutzbaren Fachkompetenzen gemessen – Bildungsreformen nach PISA-Maßstäben haben zur Reduktion des Lernens auf Wissen und seine Verwertbarkeit geführt“**, so Engartner. Es handele sich um eine paradigmatische Verschiebung des Bildungsbegriffes zugunsten rein funktionaler Bildung, wobei die Bedingungen der Funktionalität auf breiter Front fremdbestimmt und extern im Sinne der Privatwirtschaft und

deren unmittelbaren Verwertungsinteressen gesetzt würden. Dabei geht es allerdings längst nicht mehr alleine um die innere Umstrukturierung des bestehenden Bildungssystems, sondern um dessen teilweise Abschaffung und Ersetzung durch ein ganz klar auf soziale Spaltung der Gesellschaft abzielendes Zweiklassensystem, in dem das sich inflationär ausbreitende Heer der Privatschulen eine maßgebliche Rolle spielt. Ein Prozess mit vielen Facetten wie den Tatsachen, dass

- sich immer mehr private „Akteure“ auf dem Bildungsmarkt tummeln, um dort staatliche Gelder abzusahnen.

- Apple und Konsorten mittlerweile ganze Schulen finanzieren, um so gleich vor Ort den Nachwuchs für ihre technische und Management-Elite, sozusagen „von der Pike“ auf, zu rekrutieren.
- immer mehr private Bildungsangebote bei der Nachhilfe aus dem Boden schießen, die ihren Profit mit der um sich greifenden Sorge ambitionierter Eltern machen, dass es ihrem Nachwuchs an den nötigen „Kompetenzen“ für den sich verschärfenden Wettbewerb auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt mangeln könnte.
- die Zahl der Angebote von Sprachreisen und Weiterbildungskursen weiterhin kräftig wächst, was es u. a. mit sich bringt, dass bisherige „Freizeit“bereiche der menschlichen Existenz auch noch wirtschaftlichem Denken unterworfen werden, da sie zur Zeitressource für Kompetenzerwerb zum Bestehen in der Konkurrenz werden.
- unterdessen zahlreiche private Hochschulen die bundesdeutsche Bildungslandschaft besiedeln.

Diese Entwicklungen bringen einen rigorosen Wettbewerb für die öffentlichen Schulen mit sich, in dem diese aufgrund bekannter und massenmedial gerne breitgetretener Mängel von vorneherein schlecht aufgestellt sind. Der Zustand des öffentlichen Schulwesens, mit dem ein Christian Lindner durch plakative Sprüche wie *„nur weil Kinder gerne im Dreck spielen, heißt das noch lange nicht, dass die Schulen auch so aussehen müssen“* seinen wahlpropagandistischen Schindluder treibt, um für sein Programm einer nochmaligen Verschärfung des Privatisierungsdrucks demagogisch Werbung zu betreiben, ist dabei ein Ergebnis des Investitionsstaus, dessen Beseitigung von der regierenden Politikerkaste immer einmal wieder in nationalem Notstandsgejammer beschworen und in Wahlkämpfen versprochen wird, ohne dass sich bisher Nennenswertes getan hätte.

Dabei ist Bildung, die einzige wertvolle Ressource hierzulande, im Bundeshaushalt nach wie vor unterbewertet. Es müsse von einem Fehlbetrag in Höhe von wenigstens 32 Mrd. Euro Investitionsbedarf ausgegangen werden, um den bestehenden Sanierungsstau aufzulösen, der sich größtenteils aus unbedingt notwendigen Ersatzinvestitionen für eine in die Jahre gekommene Infrastruktur ergebe. Bröckelnde Schulbauten mit lecken Dächern, herabfallenden Lampen, abseitigen Toilettenanlagen und den anderen multiplen Merkmalen der total vernachlässigten schulischen Liegenschaften ergeben das Bild eines öffentlichen Schulwesens, das von den Eltern, die es sich im Interesse ihrer Kinder leisten können, zunehmend gemieden wird. Dies beginnt mit der Anmeldung des Nachwuchses in Edel-Kitas für 1600 Euro/Monat mit Rundumbetreuung und setzt sich mit einer durchgängigen Schullaufbahn im Privatschul Sektor fort.

Dabei erhöht sich der Konkurrenzdruck, der auf der öffentlichen Bildung lastet, auch um den zunehmenden Wettbewerb um staatliche Mittel, da auch der Privatschul Sektor auf Landesmittel angewiesen ist und bei Zertifizierung der betreffenden Bildungsgänge auch Anspruch auf entsprechende Förderung hat, was die für den rein öffentlichen Sektor verfügbaren Mittel in Zeiten der Schuldenkrise zusätzlich verknappt. Mit dem immer stärker in den Vordergrund rückenden Finanzierungsmodell für Sanierung und Schulneubauten in

Form des ÖPP (Öffentlich-private Partnerschaft, auch bekannt unter PPP – Public-private Partnership) findet nicht, wie propagandistisch immer wieder von interessierter Seite verbreitet wird, eine Entlastung öffentlicher Haushalte statt, sondern vollzieht sich vielmehr ein systematischer Ausverkauf staatlicher Zuständigkeit im Bildungssektor. Untersuchungen von Landesrechnungshöfen haben überdies immer wieder gezeigt, dass die angebliche Kostengünstigkeit des Finanzierungsmodells nicht nur, aber gerade auch in Zeiten des Null-Prozent-Zinssatzes herbeigelogen wird, um so der Betätigung privater Investoren den Weg zu bereiten. Eine Umfrage unter Schulleitern*innen bestätigt den durchschlagenden Erfolg dieser Strategien, wenn als bevorzugte Ansprechpartner für die Ausstattung von Schulen seitens 80% der Befragten Privatinvestoren genannt werden. *„Privatunternehmen bauen, renovieren und betreiben Schulen, werden mitunter sogar mit der Einstellung von Hausmeistern und Reinigungspersonal betraut: Vorreiter: Landkreis Offenbach, der bereits 2004 die Sanierung und Bewirtschaftung der 90 Schulen des Kreises im ÖPP-Gesellschaftsmodell an Privatunternehmen übertrug/auch vier Schulen in Frankfurt/Main und 15 Berufsschulen in Hamburg mit einem Investitionsvolumen von 320 Mio. Euro“*, so Tim Engartner.

Satte Gewinne winken aber vor allem auch bei Entwicklung und Vertrieb von Unterrichtsmaterialien, einem Sektor, in dem sich mittlerweile um die 60 Unternehmen tummeln, darunter auch solche, die unverblümt dürftig bemäntelte rein wirtschaftliche Zwecke verfolgen. Aus der Werbepsychologie resultierende Erkenntnisse werden zum Leitfaden der gezielten Beeinflussung schon von Grundschulkindern, ist doch bekannt, dass in frühem Alter geworbene Kundschaft sich durch eine hohe Produkt- und Produzententreue auszeichnet. Für die Altersgruppe typische Erzeuger treiben Werbung für ihre Produkte mit als Bildungsangebot getarnten Materialien. Der Zuckerwasservertreiber „Capri-Sonne“ konnte sich immerhin *„knapp 5 Jahre lang mit einer zum Einsatz gebrachten Unterrichtsmappe Fit, fair und schlau“* als Unterrichtsmaterial am Bewusstsein von Grundschulern*innen vergreifen, indem das *„für Grundschulen entwickelte UM suggeriert, mit Zucker gesüßte Getränke seien vitaminreich und stünden in der Ernährungspyramide auf der gleichen Stufe wie Wasser – verbunden mit dem Hinweis, dass man davon viel trinken solle,“* erklärte Tim Engartner. Über den gesundheitlichen Wert des Schokoladenkonsums aufzuklären ist selbstredend niemand besser befähigt als der Schokoladenhersteller Alfred Ritter GmbH & Co. KG. Auf *„der als Unterrichtsmaterial deklarierten Ritter Sport-Werbemappe mit dem Titel »Von der Kakaobohne zur Schokolade« derselbe Schrifttyp wie auf der handelsüblichen Schokoladenverpackung“*. So ist der Wiedererkennungseffekt beim nächsten Schokoladenkauf gesichert und der Effekt, der sich durch den Konsum einstellen soll, wird im Unterricht mit einem zeitgemäßen Yoga-Quickie schon mal ins Unterbewusstsein der Schülerinnen und Schüler versenkt: *„Im Wege einer Entspannungsübung, zu deren Beginn die Lehrkraft allen Kindern ein Stückchen Schokolade reicht, lernen die Grundschüler, dass Schokoladenkonsum vorteilhaft für Geist und Körper ist. Im gesamten Heft wird Schokolade mit Belohnung, Glück und Entspannung gleichgesetzt. An einer Stelle heißt es wörtlich: „Außerdem ist Schokolade einfach lecker und damit eine gute Belohnung“*. Und Entspannung ist im effizienzgesteuerten Schulsystem, in dem die Jagd auf Creditpoints die Lernenden schnell an die Grenzen der Belastbarkeit treibt, eine ebenso knappe Ressource wie Belohnung, mit der das System einer zunehmend ungehemmten

Selektionswut für viele immer weniger aufzuwarten hat. Ein satter Zukunftsmarkt für die Glücksverkäufer von der Dickmacherfront!

Engartner stellte klar, dass die Vertreter*innen der Privatwirtschaft in der Schule nichts zu suchen haben, auch nicht als vermeintliche Experten*innen, die von außen im Rahmen der vielbeschworenen „Öffnung“ von Schule das angebliche Lebenskolorit in den „toten“ Schulstoff bringen sollen, das dieser entbehren soll. Einen externen Lernort aufzusuchen oder einen externen Experten in die Klasse zu holen, sind zwei völlig verschiedene Dinge, da letzteres zu einer De-Legitimierung und damit Entwertung der ausgebildeten Lehrkräfte führt, die im Vergleich mit dem/der Experten*in gerade als diejenigen **ohne** das erforderliche Expertenwissen dastehen.

In einem Katalog von Anforderungen fasste der Referent seine Kritik zu einer bündigen Form zusammen:

1. Schulen haben der Aufklärung und nicht der Verklärung zu dienen, und zwar völlig unabhängig von den jeweiligen Gegenständen und den mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen und/oder wirtschaftlichen Interessen!
2. Kinder und Jugendliche sind unerfahren im Umgang mit fremden Meinungen, da sie sich gerade im Prozess der Ausbildung des dazu notwendigen Differenzierungsvermögens befinden; deswegen besuchen sie eine Schule und nicht aus dem Grunde, von Akteuren mit eindeutig definierten Interessen durch verfängliche Argumentationen und Materialien fremdbestimmten Zielen und Zwecken manipulativ unterworfen zu werden!
3. Schüler*innen dürfen daher nicht den Eindruck erhalten, dass externe „Experten*innen“ gesellschaftlich allgemein akzeptierte Meinungen vertreten.
4. Lernprozesse können nur erfolgreich sein, wenn Unterrichtsthemen sachlogisch reflektiert und diskutiert werden; die Pluralität von Meinungen und Standpunkten ist dazu eine der grundlegenden Voraussetzungen.
5. Vertreter*innen von Privatunternehmen delegitimieren durch Öffnung von Schule den Lehrerberuf. Ihnen gegenüber ist an dem historisch hart erkämpften Grundsatz festzuhalten, dass nur denjenigen eine Befähigung zur pädagogischen Arbeit zuzuerkennen ist, die auch eine erfolgreiche akademische Fachausbildung dazu vorweisen können!
6. Am grundsätzlich zu verteidigenden Prinzip einer Allgemeinbildung ist festzuhalten, weil nur sie den außerhalb enger Zweckbestimmungen notwendigen Reflexionshorizont gegenüber gegenwärtigen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Sachverhalten eröffnet. Eine funktionale Verkürzung des Wissensbegriffs auf unmittelbares Anwendungswissen ist abzulehnen.
7. Die bestehende Schieflage zwischen staatlichen Schulen und Privatunternehmen aufgrund der Infrastrukturmängel muss die zentrale Forderung an die Politik darstellen, für deren Durchsetzung entsprechender gesellschaftlicher Druck aufzubauen ist.

8. Dieselben Akteure, die Unterrichtsmaterialien für Wirtschaft unterbreiten, fordern die Einführung eines Faches Wirtschaft an den Schulen, da die Kenntnisse der Schülerinnen und Schüler hierin angeblich unzureichend seien; dabei hat laut internationalen Studien zu gelten, dass die wirtschaftliche Bildung in Deutschland im oberen Drittel der untersuchten Länder zu verorten ist. Die Forderung nach einem Fach Wirtschaft ist daher eine Mogelpackung, darauf abzielend, das ohnehin schon stark vernachlässigte Fach „Politik“ und damit die Möglichkeit zur Gewinnung kritischen Denkens aus dem schulischen Rahmen zu drängen. Die Einführung des verlangten Faches kann nur zu Lasten anderer Wissensbestände gehen: Was ist mit dem Wissen um Auschwitz-Birkenau, um nur ein unerlässliches Detail zu benennen, das sich sicher nicht im Rahmen eines „Entspannungs-Quickies“ wird abhandeln lassen!
9. Festzuhalten ist, dass die Kritikfähigkeit der Schülerinnen und Schüler durch Unternehmensmaterialien entscheidend eingeschränkt wird, was deren Verwendung im schulischen Rahmen als autoritative Quelle ausschließen muss.
10. Schulbücher müssen daher ohne jede Ausnahme durch die Kultusministerien geprüft werden, wobei allem Lobbyismus ein Riegel vorzuschieben ist und keine Privilegien für bestimmte Erzeuger gelten dürfen.

Aus: Frankfurter Lehrerzeitung 1-2018, S. 14/15